

Inhaltsübersicht

<i>Vorwort der Herausgeberin und des Herausgebers</i>	V
<i>Geleitwort zur ersten Auflage</i>	VII
<i>Vorwort der Verfasser</i>	IX
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>	XI
<i>Aus dem Vorwort zur 2. Auflage</i>	XII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXXIII
Teil 1 Die Aufgaben des Strafverteidigers im Verfassungsbeschwerdeverfahren (<i>Jahn</i>)	1
Teil 2 Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Verfassungsbeschwerde in Strafsachen (<i>Jahn</i>)	39
Teil 3 Praktische Aspekte des Verfassens einer Verfassungsbeschwerdeschrift und zur Einhaltung der Substantiierungsanforderungen (<i>Jahn</i>)	159
Teil 4 Verfassungsbeschwerde gegen Strafurteile (<i>Krehl/Löffelmann</i>) ...	205
Teil 5 Die verfassungsrechtliche Überprüfung von Maßnahmen im Ermittlungsverfahren (<i>Krehl/Löffelmann</i>)	357
Teil 6 Verfassungsbeschwerde gegen verfahrenssichernde Maßnahmen (<i>Güntge</i>)	445
Teil 7 Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Klageerzwingungsverfahren (<i>Löffelmann</i>)	467
Teil 8 Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen über Teilhaberechte Dritter (<i>Löffelmann</i>)	479
Teil 9 Verfassungsbeschwerde gegen die Auferlegung und Durchsetzung der Zeugnispflicht (<i>Löffelmann</i>)	491
Teil 10 Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren (<i>Krehl</i>)	503
Teil 11 Die verfassungsrechtliche Überprüfung von Entscheidungen in der Straf- und Maßregelvollstreckung (<i>Krehl</i>)	511
Teil 12 Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Strafvollzug (<i>Güntge</i>)	563
	XIII

Inhaltsübersicht

Teil 13 Verfassungsbeschwerde im Auslieferungsverfahren (*Güntge*) 587

Literaturverzeichnis (Auswahl) 613

Stichwortverzeichnis 617

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeberin und des Herausgebers</i>	V
<i>Geleitwort zur ersten Auflage</i>	VII
<i>Vorwort der Verfasser</i>	IX
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>	XI
<i>Aus dem Vorwort zur 2. Auflage</i>	XII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXXIII

Teil 1

Die Aufgaben des Strafverteidigers im Verfassungsbeschwerdeverfahren (Jahn)

Vorbemerkung	1
A. Überlegungen vor Mandatsannahme	7
I. Der Verteidiger zwischen Mandant und Recht	7
II. Abgabe der Sache an einen Spezialisten?	9
III. Strategien im Graubereich	11
IV. Kosten- und Gebührenaspekte	12
1. Gerichtskosten im Verfassungsbeschwerdeverfahren	12
2. Rechtsanwaltsvergütung im Verfassungsbeschwerdeverfahren ...	14
3. Prozesskostenhilfe	17
V. Zeitfaktor	20
1. Begründung innerhalb der Frist des § 93 BVerfGG	20
2. Grundsatz der Subsidiarität	21
3. Mandatsaufwand	22
4. Arbeitsmaterial	25
B. Weitere verfahrensrelevante Gesichtspunkte	27
I. Das Annahmeverfahren	27
1. Gesetzliche Bestimmungen	28
2. Kammerzuständigkeit und Überblick über den Verfahrensablauf .	29
3. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde als Annahmeverausset-	
zung	31
4. Die Annahmegründe	31
a) Grundsatzverfassungsbeschwerde (§ 93a Abs. 2 lit. a	
BVerfGG)	31
b) Rechtsdurchsetzungsverfassungsbeschwerde (§ 93a Abs. 2 lit. b	
BVerfGG)	33

II. Allgemeines Register (AR), Verfahrensregister (BvR) und weiterer Verfahrensgang	35
III. Rechtskraft eines Nichtannahmebeschlusses; Gegenvorstellung	37

Teil 2

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Verfassungsbeschwerde in Strafsachen (Jahn)

Vorbemerkung	39
A. Jedermannseigenschaft – die persönlichen Voraussetzungen	40
I. Partei- und Beschwerdefähigkeit	40
II. Natürliche und Juristische Personen	41
1. Sonderproblem: Tod des Beschwerdeführers	41
2. Minderjährige	42
3. Ausländische Staatsangehörige	42
4. Juristische Personen	44
a) Juristische Personen des Privatrechts	45
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	46
c) Sonderfall Prozessgrundrechte	47
III. Prozessfähigkeit	48
1. Grundrechtsmündigkeit/Einsichtsfähigkeit	49
2. Vertretung und Interessenkollision	49
3. Postulationsfähigkeit	50
B. Der Beschwerdegegenstand	50
I. Maßnahmen der öffentlichen Gewalt	50
1. Relevantes Handeln und Unterlassen der öffentlichen Gewalt	50
2. Keine Maßnahmen öffentlicher Gewalt	51
a) Maßnahmen zwischenstaatlicher Einrichtungen, der Europä- ischen Union und anderer Staaten	51
b) Handeln von Privatpersonen	54
II. Akte der vollziehenden Gewalt	55
1. Anträge der Staatsanwaltschaft an die Gerichte	55
2. Maßnahmen der Staatsanwaltschaft im Ermittlungs- und Vollstre- ckungsverfahren	56
3. Gnadenentscheidungen	57
4. Verwaltungsvorschriften	57
III. Akte der Gesetzgebung	58
1. Erlassene Gesetze	58
2. Gesetzgeberisches Unterlassen	60
IV. Maßnahmen der Gerichte und des Richters	62
1. Gegen Entscheidungen welchen Gerichts?	62
a) Entscheidungen des BVerfG als Beschwerdegegenstand?	63

b) Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte	63
2. Gegen welche Teile gerichtlicher Entscheidungen?	63
3. Ab wann und bis zu welchem Zeitpunkt sind gerichtliche Entschei- dungen tauglicher Beschwerdegegenstand?	64
a) Zwischenentscheidungen	64
aa) Richterliche Maßnahmen im Vorverfahren	65
(1) Haftbefehl	65
(2) Strafbefehl	66
(3) Sonstige Maßnahmen im Vorverfahren	66
bb) Maßnahmen vor, im und in Zusammenhang mit dem Hauptverfahren	67
(1) Geschäftsverteilungsplan	67
(2) Gerichtsstandbestimmung	67
(3) Eröffnungsbeschluss	67
(4) Verfahrensverbindung	68
(5) Ladung zum Termin	68
(6) Richterablehnung	69
(7) Versagung der Akteneinsicht	70
(8) Ablehnung einer Zeugenladung	71
(9) Verteidigerbestellung und Abberufung des Verteidigers	71
(10) Sonstige Maßnahmen im Hauptverfahren einschließ- lich Sitzungspolizei	72
(11) Verfahrenseinstellungen	72
(12) Zurückverweisung nach erfolgreicher Revision	73
b) Klageerzwingungsverfahren	73
c) „Rückfallposition“ Verfassungsbeschwerde gegen die Voll- streckung des Strafurteils?	73
C. Die Beschwerdebefugnis	74
I. Allgemeine Bedeutung	74
II. Verletzung von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten	75
1. Enumerationsprinzip	75
2. Irrelevante Normenkomplexe	75
3. Sonderproblem EMRK-Verstöße und Verstöße gegen sonstiges Europa- und Völkerrecht	76
4. „Spezifisches Verfassungsrecht“ und erweiterte Prüfungskompe- tenzen im Einzelfall	78
III. Betroffenheit und Beschwer	83
1. Selbstbetroffenheit	84
a) Selbstbetroffenheit des Rechtsanwalts	85
b) Eltern und Erziehungsberechtigte eines nach Jugendstrafrecht Verurteilten	86

c) Familienangehörige bei Ausweisung	86
d) Selbstbetroffenheit Dritter durch Nennung in den Entscheidungsgründen eines strafgerichtlichen Urteils?	86
2. Gegenwärtige Betroffenheit	87
3. Unmittelbare Betroffenheit	88
D. Erschöpfung des Rechtswegs und Subsidiarität	90
I. Praktische Bedeutung für die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	90
II. Rechtswegerschöpfung/Begriff und Arten des Rechtswegs im engeren Sinne	93
1. Positivrechtlich geregelte Rechtsbehelfe	93
a) Vorverfahren, insbesondere Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 98 Abs. 2 S. 2 StPO [analog])	93
b) Hauptverfahren	94
c) Klageerzwingungsverfahren	96
d) Strafvollzugs- und Untersuchungshaftrecht, insbes. Untätigkeitsbeschwerde und Verzögerungsrüge	96
e) Justizverwaltungsakte (§§ 23 ff. EGGVG)	97
2. Außerordentliche Rechtsbehelfe, insbesondere Gegenvorstellung und Anhörungsrüge	98
a) Der Hintergrund: Die Rechtsprechung bis zum 31.12.2004 ...	98
b) Plenumsentscheidung und Anhörungsrügensgesetz	99
3. Die Anhörungsrüge im Strafverfahren	99
a) Notwendigkeit der Erhebung von Gehörsrügen im strafgerichtlichen Ausgangsverfahren	100
b) Verfahren und inhaltliche Anforderungen an die Anhörungsrüge	102
c) Praktische Konsequenzen aus dem unklaren inhaltlichen Einzugsbereich der Anhörungsrüge	105
4. Nichteröffnung eines Rechtswegs	108
5. Tatsächliche Erschöpfung des Rechtswegs	109
a) Grundsätze	109
b) Besonderheiten im strafprozessualen Revisionsverfahren	109
aa) Rückverweisende Revisionsurteile	110
bb) Sprungrevision und tatsächliche Feststellungen	110
6. Einlegung offensichtlich unzulässiger Rechtsbehelfe	111
a) Was heißt „offensichtlich unzulässig“? – Die „90-Zwei-93-Eins-Falle“	111
b) (Nur) Zweifelhafte Zulässigkeit des Rechtsbehelfs	112
c) „Parken im Allgemeinen Register“	114
7. Unzumutbarkeit der Rechtswegerschöpfung	115
8. Vorabentscheidung (§ 90 Abs. 2 S. 2 BVerfGG)	115

a) Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung	116
b) Schwerer, unabwendbarer Nachteil	116
III. Subsidiarität	118
1. Formelle Subsidiarität	118
a) Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Rechtsnormen	118
b) Verfassungsbeschwerde im gerichtlichen Eilverfahren	120
c) Kasuistik zur Ausübung von strafprozessualen Frage-, Antrags-, Beanstandungs-, Äußerungs- und Ablehnungsrechten in der In- stanz	121
2. Materielle Subsidiarität	125
a) Vorbringen zu den entscheidungserheblichen Tatsachen vor den Strafgerichten	125
b) Rüge-„Tiefe“ materieller Verfassungswidrigkeit im Ausgangs- verfahren	127
aa) Der Hintergrund: Unklare ältere Rechtsprechung des BVerfG	127
bb) Stand der Rechtsprechung seit dem Beschluss des BVerfG vom 9.11.2004	128
(1) Verletzung von Verfahrensgrundrechten	128
(2) Verfassungsrechtlich gebundener Rechtsmittelzulas- sungsantrag	128
(3) „Generalklausel“-Rückausnahme: Erfordernis verfas- sungsrechtlich determinierten Vortrags	129
E. Form und Frist	130
I. Form	130
II. Frist	134
1. Fristbeginn und Rechtswegerschöpfung	135
2. Fristbeginn ab Zustellung, Mitteilung, Verkündung oder sonstiger Bekanntgabe	137
a) Zustellung und Mehrfachzustellung	137
b) Verkündung	138
c) Unterbrechung der Frist durch Antrag auf Entscheidungsertei- lung	139
d) Fristbeginn bei heimlichen Ermittlungsmaßnahmen	140
e) Fristbeginn für nicht am Verfahren beteiligte Dritte	141
f) Fristbeginn bei Verfassungsbeschwerden gegen Gesetze	141
3. Fristberechnung	142
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	142
a) Fristversäumnis	142
b) Voraussetzungen für die Wiedereinsetzung	142
aa) Verschulden	143
bb) Begründung der Tatsachen und Glaubhaftmachung	144

F. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	144
I. Grundsätzliches	144
II. Prozessuale Überholung im Instanzenzug	146
III. Erledigung bei tiefgreifendem Grundrechtseingriff	146
IV. Klärung grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Fragen	149
G. Die prozessuale Vertretung des Beschwerdeführers	150
I. Vollmachtserteilung an Rechtsanwalt oder Hochschullehrer	150
1. Erteilung	150
2. Zeitpunkt	151
3. Umfang	152
4. Erlöschen	152
II. Beistand	152
H. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	153
I. Praktische Bedeutung des verfassungsgerichtlichen Eilrechts- schutzes	153
II. Spezielle Anforderungen an die Zulässigkeit im einstweiligen Straf- rechtsschutz vor dem BVerfG	155
1. Ordnungsgemäße Antragsstellung	156
2. Antragsberechtigung	157
3. Erschöpfung des Rechtswegs	157
4. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	158

Teil 3

**Praktische Aspekte des Verfassens einer Verfassungsbeschwerdeschrift und
zur Einhaltung der Substantiierungsanforderungen (*Jahn*)**

Vorbemerkung	159
A. Grundlagen	160
I. Funktion der Beschwerdeschrift	160
1. Bezeichnung	160
2. Begründung	161
a) Kombination des § 23 Abs. 1 S. 2 und des § 92 BVerfGG	161
b) Sinn und Zweck des Begründungserfordernisses	162
c) Ergänzungen nach Ablauf der Beschwerdefrist?	162
II. Weitere Bestandteile der Beschwerdeschrift	163
1. Notwendige Verfahrensdokumentation	163
a) Beifügung in Kopie oder bloße Wiedergabe des Inhalts?	165
b) Belege für Rechtswegerschöpfung und Beachtung der Subsidia- ritätsanforderungen	166
c) Weitere Schriftsätze des Ausgangsverfahrens	167

d) Verweisungen auf andere Unterlagen („Patchwork-Schrittsätze“)	168
2. Eingang aller Dokumente innerhalb der Beschwerdefrist	169
B. Abfassen der Beschwerdeschrift	170
I. Grundsätzliches; Aufbaufragen	170
II. Formalien im Rubrum	172
1. Bezeichnung des Beschwerdeführers	172
2. Bezeichnung der angegriffenen Hoheitsakte	173
3. Bezeichnung des verletzten Rechts	174
4. Vollmacht	175
5. Anlagen	175
III. Geschichte des Verfahrens und Darstellung des angegriffenen Urteils bzw. sonstigen Aktes der öffentlichen Gewalt	176
1. Ausgangsverfahren	176
2. Darstellung des angegriffenen Urteils/Beschlusses	177
a) Fachgerichtliche Feststellungen	177
b) Abweichender Tatsachenvortrag	178
c) Einführung neuer Tatsachen?	179
d) Auseinandersetzung mit den Urteilsgründen	179
IV. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	180
1. Darlegungslasten bei einzelnen Zulässigkeitskriterien	180
a) Parteifähigkeit	180
b) Beschwerdebefugnis	180
c) Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität	181
d) Fristwahrung	181
e) Rechtsschutzbedürfnis	182
2. Darlegungslasten zum Vorliegen der Annahmenvoraussetzungen? ..	182
3. „Fließende“ Begründungslast für das (Fort-)Bestehen der Annahme- und Zulässigkeitsvoraussetzungen	183
V. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	183
1. Rechtslage nach einfachem Recht	184
a) Hinreichende inhaltliche Auseinandersetzung	184
b) Strittige und ungeklärte Rechtsfragen	185
2. Verfassungsrechtliche Auseinandersetzung	186
a) Anwendung bereits etablierter Maßstäbe	186
b) Verfassungsrechtlich noch ungeklärte Fragen	187
c) Wichtige Einzelfälle	189
aa) Rechtliches Gehör	189
bb) Willkürverbot	191
cc) Entziehung des gesetzlichen Richters	192
3. Beruhen	193
VI. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	194

1. Verbundener oder isolierter Antrag?	194
2. Darlegungslasten beim Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	194
a) Allgemeines	194
b) Keine offensichtliche Unzulässigkeit oder Unbegründetheit ...	196
c) Doppelhypothese und Eilentscheidungsmodell in Strafsachen .	196
d) Vorliegen eines Anordnungsgrunds	199
e) Beispiel einer isolierten Antragsschrift	200
VII. Verzögerungsbeschwerde	200
C. Antragstellung	201
I. Grundsätzliches	201
II. Beispiele für die Antragstellung bei der Verfassungsbeschwerde	202
III. Beispiel für die Antragstellung auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	202
D. Zusammenfassende Beispiele einer Verfassungsbeschwerdeschrift und einer Antragsschrift	202
I. Beispiel einer Beschwerdeschrift	203
II. Beispiel einer Eilantragsschrift	204

Teil 4

Verfassungsbeschwerde gegen Strafurteile (*Krehl/Löffelmann*)

Vorbemerkung	205
A. Verfassungsrechtliche Rüge der Verletzung formellen Strafrechts	205
I. Recht auf ein faires Verfahren (<i>Löffelmann</i>)	207
1. Beweiswürdigung	210
a) Anwendungsbereich	210
b) Prüfungsmaßstab	213
2. Aufklärungspflicht	217
a) Anwendungsbereich	217
b) Prüfungsmaßstab	219
3. Verwertungsverbote	221
a) Anwendungsbereich	221
b) Prüfungsmaßstab	223
4. Konfrontationsrecht	225
a) Anwendungsbereich	225
b) Prüfungsmaßstab	227
5. Recht auf effektive Verteidigung	228
a) Anwendungsbereich	228
b) Prüfungsmaßstab	229
aa) Auswahl und Entpflichtung von Verteidigern	229

bb) Uneingeschränkte Kommunikation mit dem Verteidiger . .	231
cc) Gerichtliche Fürsorgepflicht	233
dd) Verhandlungsfähigkeit	234
II. Effektiver Rechtsschutz (<i>Krehl</i>)	235
1. Verfassungsrechtlicher Maßstab	236
2. Auswirkungen auf das Strafverfahren	240
a) Rechtsmittelverfahren, insbesondere Revision	240
b) Strafbefehlsverfahren	246
c) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	246
d) Maßnahmen im Ermittlungsverfahren	250
III. Rechtliches Gehör (<i>Krehl</i>)	253
1. Das Recht auf Information	255
a) Grundsätze	255
b) Einige Einzelheiten	259
2. Das Recht auf Äußerung	262
3. Das Recht auf Berücksichtigung	265
4. Folgen einer Gehörsverletzung und ihre nachträgliche Beseitigung	271
IV. Gesetzlicher Richter (<i>Krehl</i>)	273
1. Prüfungsmaßstab	273
2. Einzelprobleme	277
a) Pflicht zur Vorlage an ein anderes Gericht/Nichtzulassung eines Rechtsmittels	277
b) Die Bestimmung des zuständigen Gerichts	280
c) Die Behandlung von Befangenheitsanträgen	281
d) Entscheidungen im Besetzungsrügeverfahren nach § 222b StPO	284
e) Entscheidungsbefugnisse des Revisionsgerichts	285
V. Doppelbestrafungsverbot (<i>Krehl</i>)	288
VI. Die verfassungsrechtliche Absicherung von Verständigungen im Straf- verfahren (<i>Krehl</i>)	292
1. Das Grundsatzurteil	292
2. Die von einer Verständigung betroffenen verfassungsrechtlichen Schutzpositionen	293
3. Verfassungsrechtliche Grenzen einer Verständigung	294
4. Zur Belehrungspflicht nach § 257c Abs. 5 StPO	296
5. Pflicht zur Mitteilung verständigungsbezogener Mitteilungen (§ 243 Abs. 4 StPO)	296
6. Zum Beruhen	298
7. Exkurs: Einwände des BGH gegen die Beruhensrechtsprechung des BVerfG	301

B. Verfassungsrechtliche Rüge der Verletzung materiellen Strafrechts (Löffelmann)	303
I. Verfassungswidrigkeit der materiell-rechtlichen Grundlagen der Verurteilung	304
1. Formelle Verfassungsmäßigkeit der Strafnorm	304
2. Bestimmtheit der Strafnorm und Gesetzlichkeit der Strafe	305
a) Anwendungsbereich	305
b) Prüfungsmaßstab	306
3. Materielle Verfassungsmäßigkeit der Verbotsnorm	310
a) Allgemeine Handlungsfreiheit	311
aa) Anwendungsbereich	311
bb) Prüfungsmaßstab	312
(1) Geeignetheit	313
(2) Erforderlichkeit	313
(3) Angemessenheit	314
(4) Gesetzgeberische Einschätzungs- und Entscheidungsprärogative	315
(5) Legitime Zwecke	317
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	319
c) Glaubens- und Gewissensfreiheit	321
d) Meinungsfreiheit	322
e) Pressefreiheit	326
f) Kunstfreiheit	327
g) Schutz von Ehe und Familie	328
h) Versammlungsfreiheit	328
i) Berufsfreiheit und Eigentumsrecht	329
j) Menschenwürde	330
4. Materielle Verfassungsmäßigkeit der Sanktionsnorm	331
a) Dogmatik des strafrechtlichen Sanktionensystems	331
b) Prüfungsmaßstäbe	332
II. Verfassungswidrigkeit der Normanwendung durch die Fachgerichte ..	335
1. Allgemeines Willkürverbot	335
a) Anwendungsbereich	335
b) Prüfungsmaßstab	338
2. Verbot analoger oder gewohnheitsrechtlicher Strafbegründung ...	342
3. Gebot schuldangemessenen Strafens	346
a) Anwendungsbereich	346
b) Prüfungsmaßstab	349
4. Eingriffe in das Freiheitsgrundrecht durch Anordnung freiheitsentziehender Maßregeln	352
a) Anwendungsbereich	353
b) Prüfungsmaßstab	354

Teil 5

Die verfassungsrechtliche Überprüfung von Maßnahmen im Ermittlungs- verfahren (*Krehl/Löffelmann*)

A. Allgemeine Grundsätze (<i>Löffelmann</i>)	357
I. Verfassungsrechtliche Bedeutung des Ermittlungsverfahrens	357
II. Das Ermittlungsverfahren im Kontext des Sicherheitsverfassungs- rechts	360
III. Besondere Zulässigkeitsprobleme der Verfassungsbeschwerde gegen Ermittlungsmaßnahmen	363
1. Rechtswegerschöpfung	363
2. Zwischenentscheidungen	364
3. Erledigung von Ermittlungsmaßnahmen	365
4. Verfassungsbeschwerde gegen die Einleitung und Fortführung des Ermittlungsverfahrens	367
B. Einzelne Ermittlungsmaßnahmen	368
I. Wohnungsdurchsuchung (<i>Löffelmann</i>)	368
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung	368
2. Einzelne Problemkreise	369
a) Unzureichender Grad des Tatverdachts	369
b) Auffindeverdacht	371
c) Unverhältnismäßigkeit	372
d) Nichtvorliegen von Gefahr in Verzug	374
e) Dokumentations- und Begründungspflichten	376
f) Zeitliche Begrenzung	379
g) Beschlagnahmeverbote	380
II. Beschlagnahme (<i>Löffelmann</i>)	381
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung	381
2. Einzelne Problemkreise	382
a) Gegenstandsbezogene Beschlagnahmeverbote	382
b) Personenbezogene Beschlagnahmeverbote	383
aa) Anknüpfung an das Zeugnisverweigerungsrecht	383
bb) Verfassungsrechtliche Fundierung des Beschlagnahme- verbots	384
cc) Sonderfall: Beschlagnahme beim Strafverteidiger	388
III. Telekommunikationsüberwachung (<i>Löffelmann</i>)	389
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung	389
a) Rechtstatsächliche Relevanz	389
b) Reichweite des Fernmeldegeheimnisses	390
2. Einzelne Problemkreise	391
a) Mithören am Endgerät	392

b) Beschlagnahme von Datenträgern mit Telekommunikations-	daten	392
c) Überwachung des E-Mail-Verkehrs		393
d) Abhören von Mailboxen		396
e) Überwachung von Raumgesprächen		397
f) Überwachung kommunikationsunabhängiger Telekommunika-	tionsdaten	398
g) Bestandsdatenabfrage		401
h) Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ		403
i) Überwachung des Internets		405
j) Verwendungsregelungen		406
k) Unverhältnismäßigkeit der Überwachung		407
aa) Anlasstat		407
bb) Verdachtsgrad		408
cc) Subsidiarität		408
dd) Überwachungsverbote		409
ee) Zielpersonen		409
l) Verletzung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung		410
m) Mitwirkungspflichten		411
IV. Akustische Wohnraumüberwachung (<i>Löffelmann</i>)		412
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung		412
2. Einzelne Problemkreise		413
V. Observationsmaßnahmen (<i>Löffelmann</i>)		415
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung		415
2. Einzelne Problemkreise		417
VI. Einsatz verdeckt ermittelnder Personen (<i>Löffelmann</i>)		418
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung		418
2. Einzelne Problemkreise		420
a) Verhältnismäßigkeit der Maßnahme		420
b) Betreten von Wohnungen		421
c) Verletzung des Kernbereichs		421
d) Verletzung der Selbstbelastungsfreiheit		422
e) Begehen von Straftaten		422
f) Provozieren von Straftaten		423
VII. Körperliche Eingriffe (<i>Löffelmann</i>)		426
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung		426
2. Einzelne Problemkreise		427
a) Verhältnismäßigkeit der Maßnahme		427
b) Verabreichen von Brechmitteln		428
c) Gerichtlicher Rechtsschutz		429
VIII. Molekulargenetische Untersuchungen (<i>Krehl</i>)		430
1. Die Bedeutung molekulargenetischer Untersuchungen		430

2. Prüfungsmaßstab	431
a) Anlasstat	432
b) Gefährlichkeitsprognose	433
c) Eingriffe gegen Jugendliche	435
C. Verfassungsbeschwerde gegen die Verwendung von durch Ermittlungs- maßnahmen erlangten personenbezogenen Daten (<i>Löffelmann</i>)	436
I. Anwendungsbereich	436
1. Datenschutzrechtliche Verwendungsregelungen	437
2. Datenschutzrechtliche Kennzeichnungs- und Löschungspflichten .	441
3. Möglichkeiten des Rechtsschutzes	441
II. Prüfungsmaßstab	442

Teil 6

Verfassungsbeschwerde gegen verfahrenssichernde Maßnahmen (*Güntge*)

A. Freiheitsentziehende Maßnahmen – Die Verfassungsbeschwerde im Recht der Untersuchungshaft	445
I. Einleitung	445
II. Die grundrechtliche Prüfung	446
1. Das einschlägige Grundrecht	446
2. Der Schutzbereichseingriff	446
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Untersuchungshaft	448
1. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	449
2. Der Beschleunigungsgrundsatz	451
IV. Das Begründungserfordernis	455
V. Exkurs: Die einstweilige Unterbringung	456
B. Berufsbezogene Maßnahmen – Das vorläufige Berufsverbot	458
C. Eigentumsbezogene Maßnahmen – Der Vermögensarrest, §§ 111e und f StPO	460
I. Einleitung	460
II. Der Grundrechtsbezug	460
D. Die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis, § 111a StPO	463

Teil 7

Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Klageerzwingungs- verfahren (*Löffelmann*)

Vorbemerkung	467
A. Beschwer des Antragstellers	468
I. Anspruch auf Strafverfolgung	468

II. Anspruch auf verfassungsmäßige Entscheidung über die Strafverfolgung	470
1. Effektiver Zugang zum Klageerzwingungsverfahren	471
2. Rechtliches Gehör	474
3. Willkürfreie Entscheidung	475
B. Beschwer des Beschuldigten	477
I. Kein Anspruch auf Unterlassung von Ermittlungen	477
II. Rechtliches Gehör	478

Teil 8

Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen über Teilhaberechte Dritter (Löffelmann)

A. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Privatklageverfahren	479
I. Anwendungsbereich	479
II. Prüfungsmaßstab	480
1. Beschwer des Privatklägers	480
2. Beschwer des Beklagten	480
B. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Nebenklageverfahren	481
I. Anwendungsbereich	481
II. Prüfungsmaßstab	482
1. Beschwer des Nebenklägers	482
2. Beschwer des Angeklagten	484
C. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Adhäsionsverfahren	484
I. Anwendungsbereich	484
II. Prüfungsmaßstab	486
D. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen über Akteneinsichtsgesuche Dritter	487
I. Anwendungsbereich	487
II. Prüfungsmaßstab	487
1. Beschwer des Antragstellers	487
2. Beschwer von durch die Gewährung von Akteneinsicht Betroffenen	489

Teil 9

Verfassungsbeschwerde gegen die Auferlegung und Durchsetzung der Zeugnispflicht (*Löffelmann*)

Vorbemerkung	491
A. Anwendungsbereich	491
I. Grundlagen der Zeugnispflicht	491
II. Grenzen der Zeugnispflicht	492
III. Durchsetzung der Zeugnispflicht	494
B. Prüfungsmaßstab	494
I. Im Falle einfachgesetzlicher Zeugnisverweigerungsrechte	494
II. Im Falle verfassungsrechtlicher Zeugnisverweigerungsrechte	495
1. Menschenwürdebezug der Zeugenvernehmung	495
2. Unverhältnismäßigkeit der Zeugenvernehmung	497
III. Hinsichtlich der Durchsetzung der Zeugnispflicht	499
1. Allgemeine Handlungsfreiheit und Freiheitsgrundrecht	499
2. Schuldangemessenheit der Sanktion	500

Teil 10

Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Wiederaufnahme- verfahren (*Krehl*)

A. Anwendungsbereich	503
B. Prüfungsmaßstab	503
I. Wiederaufnahme zu Gunsten des Verurteilten	504
II. Wiederaufnahme zuungunsten des Verurteilten	509

Teil 11

Die verfassungsrechtliche Überprüfung von Entscheidungen in der Straf- und Maßregelvollstreckung (*Krehl*)

A. Praktische Bedeutung	511
B. Die wichtigsten Entscheidungen im Bereich der Straf- und Maßregel- vollstreckung	514
I. Aussetzung der Strafvollstreckung zum $\frac{2}{3}$ Zeitpunkt (§ 57 Abs. 1 StGB)	514
II. Aussetzung einer lebenslangen Freiheitsstrafe (§ 57a StGB)	520
1. Die besondere Schwere der Schuld	521
2. Die Gefahrenprognose	523
3. Verfahrensrechtliche Anforderungen	525
III. Entlassung aus der Sicherungsverwahrung	527
1. Aussetzung nach § 67c Abs. 1 S. 2 StGB	529

2. Aussetzung nach § 67d Abs. 2 StGB	531
3. Beendigung der Sicherungsverwahrung nach zehnjährigem Vollzug	534
IV. Beendigung der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz	538
V. Beendigung der Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus	539
1. Aussetzung zur Bewährung nach § 67d Abs. 2 StGB	541
2. Erledigung der Unterbringung nach § 67d Abs. 6 StGB	548
VI. Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung bzw. der Unterbringungsaussetzung	550
1. Widerruf nach Begehung einer neuen Straftat (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB)	550
2. Widerruf bei gröblichem oder beharrlichem Verstoß gegen Weisungen und Auflagen (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 3 StGB)	552
3. Widerruf einer Reststrafenaussetzung nach § 57 Abs. 5 StGB, § 454a Abs. 2 StPO	555
4. Widerruf der Unterbringungsaussetzung (§ 67g Abs. 1 StGB)	556
5. Auswirkungen auf die Verfahrensgestaltung	557
VII. Entscheidungen im Rahmen der Führungsaufsicht	558
1. Allgemeines	558
2. Einzelne Weisungen	558

Teil 12

Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Strafvollzug (Güntge)

A. Grundrechtsgeltung im Vollzug	563
B. Besonderheiten der Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde im Vollzugsrecht	565
I. Die Formerfordernisse	565
II. Das Gebot der Rechtswegerschöpfung	566
1. Der fachgerichtliche Rechtsschutz nach dem StVollzG	566
a) Der Rechtsschutz in der Hauptsache	566
b) Der Eilrechtsschutz	567
c) Die Rechtsbeschwerde	568
d) Das Recht der Beschwerde	571
2. Der Rechtsschutz im Jugendvollzug	571
C. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	572
I. Rechtsschutz im Vollzug	572
II. Einzelne Vollzugsmaßnahmen	577
1. Überwachung des Schriftverkehrs	578
2. Körperliche Durchsuchung, § 84 StVollzG	579

3. Besitz von Gegenständen, § 70 StVollzG	580
4. Beschränkung der Einsichtnahme in vollzugsrelevante Unterlagen	581
5. Besuchsregelungen	582
6. Verlegung	583
7. Besondere Sicherungsmaßnahmen, § 88 StVollzG und Einzelhaft, § 89 StVollzG	584
8. Disziplinarmaßnahmen	585
9. Hafträume	585

Teil 13

Verfassungsbeschwerde im Auslieferungsverfahren (*Güntge*)

A. Einleitung	587
B. Die Struktur des Rechtshilferechts	588
C. Der Grundrechtsbezug im Rechtshilfeverfahren	590
D. Das Recht der Auslieferung im Speziellen	593
I. Die Grundrechtsgeltung im Auslieferungsverkehr mit Staaten außer- halb der Europäischen Union	595
II. Die Grundrechtsgeltung im Auslieferungsverkehr auf Grundlage des Europäischen Haftbefehls	595
III. Die spezifische Grundrechtsgeltung im Auslieferungsrecht	597
IV. Einzelne Grundrechts- und Menschenrechtsgewährleistungen im Aus- lieferungsverfahren in der Rechtsprechung des BVerfG	601
Anhang: Europäischer Haftbefehl	608
<i>Literaturverzeichnis (Auswahl)</i>	613
<i>Stichwortverzeichnis</i>	617